vinetur

USA schlägt Erhöhung der Zölle auf viele europäische Spirituosen auf 15 Prozent vor

Der Vorschlag im Rahmen einer Section-301-Prüfung scheint Irish Whiskey auszunehmen; Anhörungen sollen im Januar 2027 beginnen

Donnerstag, 26. November 2026



Die Vereinigten Staaten haben vorgeschlagen, den Zoll auf viele aus der Europäischen Union eingeführte Spirituosen von 10 auf 15 Prozent anzuheben. Das geht aus einer vom Office of the United States Trade Representative veröffentlichten Handelsmitteilung sowie einer Einschätzung des Geltungsbereichs durch die Branche

hervor. Sollte die Maßnahme wie vom Sektor beschrieben umgesetzt werden, kämen zum derzeitigen Zollsatz 5 Prozentpunkte hinzu, was einer Erhöhung des Zollsatzes um 50 Prozent entspräche. Die Einzelhandelspreise der Getränke würden dadurch jedoch nicht um 50 Prozent steigen.

Der Vorschlag wurde am Mittwoch, dem 25. November, im Rahmen einer Untersuchung zu strukturellen Überkapazitäten nach Section 301 veröffentlicht. Der USTR, der die US-Handelsmaßnahmen steuert und die öffentliche Konsultation durchführt, hat den höheren Zollsatz noch nicht endgültig beschlossen. Die Maßnahme ist weiterhin ein Vorschlag; ihr endgültiger Geltungsbereich könnte sich abhängig von Ausnahmen, Stellungnahmen betroffener Parteien und dem Ergebnis der Prüfung noch ändern.

Im Mittelpunkt steht der Zollsatz, der auf den Zollwert eingeführter Spirituosen aus der EU erhoben wird, nicht die gesamten Steuereinnahmen oder die späteren Ladenpreise. Ein höherer Zoll würde die Kosten für die Einfuhr dieser Produkte auf den US-Markt erhöhen. Das kann sich auf Preise, Gewinnspannen und Beschaffungsentscheidungen von Importeuren, Großhändlern, Restaurants und Bars auswirken.

Der Distilled Spirits Council of the United States, ein in Washington ansässiger Branchenverband für Spirituosenhersteller und -vermarkter, forderte die Regierung auf, importierte Spirituosen von den vorgeschlagenen Zöllen auszunehmen. In einer am Mittwoch, dem 25. November, veröffentlichten Erklärung teilte der Verband mit, dass viele importierte Spirituosen nach dem Plan der Regierung mit Zollsätzen über dem derzeitigen Niveau von 10 Prozent belegt würden. DISCUS erklärte außerdem, der Vorschlag scheine eine Ausnahme für Irish Whiskey vorzusehen. Damit werde die Ankündigung des Präsidenten vom 13. September berücksichtigt, den Zoll auf dieses Produkt aufzuheben.

Chris Swonger, Präsident und CEO des Verbands, sagte, die Branche sei enttäuscht, dass die Regierung nicht alle importierten Spirituosen, insbesondere jene aus der EU, ausgenommen habe. Der Zeitpunkt sei für das Gastgewerbe besonders schwierig, da Bars und Restaurants auf das Weihnachtsgeschäft angewiesen seien, um ein hartes Jahr auszugleichen. Nach Angaben des Verbands haben viele dieser Betriebe bereits mit höheren Kosten und Schließungen zu kämpfen. Ein zusätzlicher Zoll auf importierte

Spirituosen würde einen Sektor weiter unter Druck setzen, der mit Arbeitsplätzen und Ausgaben vor Ort verbunden ist.

Der Branchenverband verwies zudem auf die Schwäche des US-Spirituosenmarkts insgesamt. DISCUS zufolge lag die Zahl aktiver Brennereien im August fast 7 Prozent unter dem Vorjahreswert. Der Verband bezeichnete dies als den ersten Fall, in dem mehr Betriebe geschlossen als neu eröffnet wurden. Neue Zölle könnten den Druck auf die Hersteller verstärken und das Risiko von Vergeltungsmaßnahmen gegen US-Spirituosenexporte erhöhen – eine wiederkehrende Sorge bei Handelskonflikten um alkoholische Getränke.

Die Mitteilung des USTR ist Teil eines umfassenderen Handelsverfahrens und keine Maßnahme, die sich ausschließlich gegen alkoholische Getränke richtet. Für Unternehmen, die europäische Spirituosen importieren, wäre die vorgeschlagene Änderung dennoch von Bedeutung, da sie den grundlegenden Zollsatz an der Grenze betrifft. Selbst eine vergleichsweise geringe Änderung des Zollsatzes kann sich bei großen Liefermengen auf die Kosten auswirken, insbesondere bei Produkten, die über Vertriebsketten mit engen Margen verkauft werden.

Die Unterscheidung zwischen Zollsatz und Verbraucherpreisen ist wichtig. Eine Anhebung von 10 auf 15 Prozent bedeutet eine Erhöhung des Zolls um 5 Prozentpunkte und des Zollsatzes selbst um 50 Prozent. Das führt nicht unmittelbar zu einem Anstieg der Verbraucherpreise um 50 Prozent, denn die Ladenpreise umfassen auch Transportkosten, Groß- und Einzelhandelsaufschläge, einzelstaatliche Alkoholvorschriften und weitere Steuern.

Der Umgang der Regierung mit Irish Whiskey bleibt eine der am aufmerksamsten verfolgten Ausnahmen im Vorschlag. DISCUS erklärte, der Verband begrüße, dass die Mitteilung die frühere Entscheidung des Weißen Hauses widerspiegele, den Zoll aufzuheben. Zugleich dränge er auf eine umfassendere Entlastung für alle importierten Spirituosen. Der endgültige Geltungsbereich hängt davon ab, wie der USTR nach Abschluss der Konsultationsphase eine endgültige Maßnahme formuliert.

Im öffentlichen Verfahren stehen nun schriftliche Stellungnahmen und Anhörungen an. Der USTR setzte den 5. Januar 2027 als Frist für Stellungnahmen zum Vorschlag fest. Die Anhörungen sollen am 25. Januar 2027 beginnen.